

Jobcenter Berlin Mitte, Sickingenstr. 70 - 71, 10553 Berlin

955A123521
Herrn
Ralph Boes
Spanheimstr. 11
13357 Berlin

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 213.A-Kundennummer: 955A123521
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
BG-Nummer: 96204BG0065589

Name:
Durchwahl:
Telefax: 030 555545 2 138
E-Mail: Jobcenter-Berlin-Mitte.Team-213@jobcenter-ge.de
Datum: 29. April 2013

Weitere Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung

Sehr geehrter Herr Boes,

Sie beziehen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch - Zweites Buch (SGB II). Dies ist eine Bedürftigkeitsleistung für Erwerbsfähige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können. Gemäß § 2 SGB II sind Sie als erwerbsfähiger Leistungsberechtigter verpflichtet, alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit zu nutzen.

Dazu wurden in unserem Beratungsgespräch am 18.01.2013 konkrete Schritte vereinbart, die insbesondere darauf abzielten, zu analysieren, inwiefern Ihre Tätigkeit als Referent als hauptberufliche und erwerbswirtschaftliche Selbständigkeit anerkannt werden kann. Da Sie die in der per Verwaltungsakt erlassenen Eingliederungsvereinbarung vom 18.01.2013 geforderten Unterlagen nicht vorlegt haben, war diese Bewertung nicht möglich. → vereinbart ?? ?

Aufgrund Ihrer konstant geringen Einnahmen aus der oben genannten Tätigkeit kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Weiterführung geeignet ist, das gesetzlich vorgegebene Ziel der Beendigung oder zumindest der deutlichen Verringerung der Hilfebedürftigkeit zu erreichen. Unterlagen, die eine andere Einschätzung zur Folge hätten, liegen mir nicht vor.

Es ist daher zwingend erforderlich, berufliche Alternativen einzubeziehen und den Fokus auf die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu richten. Dabei ist gemäß §10 SGB II jede Arbeit zumutbar, zu der Sie körperlich, geistig und seelisch in der Lage sind. !!!

Ich habe diesem Schreiben aus diesem Grund eine aktualisierte Eingliederungsvereinbarung in zweifacher Ausfertigung beigelegt. Ich bitte Sie, die angebotene Eingliederungsvereinbarung zu lesen und unterschrieben **bis spätestens 17.05.2013** an mich zurück zu senden.

- 2 -

Postanschrift
Jobcenter Berlin Mitte
10086 Berlin

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BLZ 76000000
Kto.Nr. 76001617
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE5076000000076001617

Öffnungszeiten
Mo, Di, Do, Fr 09:00 - 12:30 Uhr
Mi geschlossen
Do 12:30 - 18:00 Uhr nur mit
Termin für Berufstätige und
Maßnahmeteilnehmer/innen

Anfahrt/Zugang
über Berlichingenstr. 25
Verkehrsanbindung
U-Bahnhof Turmstrasse
Busslinien 123, 106, TXL
S-Bahnhof Beusselstraße

keine PKW-Stellplätze

Internet:
www.berlin.de/jobcenter/mitte

Sollten Sie weitere Vorschläge zur Erreichung des oben genannten Ziels haben, das in die Vereinbarung aufgenommen werden soll, bitte ich um Mitteilung. Eine von mir unterschriebene Ausfertigung erhalten Sie, wenn Sie sich durch Ihre Unterschrift mit dem Inhalt einverstanden erklärt haben. Ich stehe Ihnen selbstverständlich auch gern für ein persönliches Gespräch zum Abschluss der Vereinbarung zur Verfügung.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Regelung des §15 SGB II, aus der hervorgeht, dass mit jedem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen werden soll und darin vereinbart wird, welche Bemühungen zur Eingliederung in Arbeit in welcher Häufigkeit zu unternehmen und wie diese nachzuweisen sind. Kommt eine Eingliederungsvereinbarung nicht zu Stande, sind die Regelungen per Verwaltungsakt zu erlassen.

Sollten Sie zum beidseitigen Abschluss nicht bereit sein, bitte ich daher um eine entsprechende Mitteilung.

Des Weiteren werden Sie künftig Vermittlungsvorschläge für zumutbare sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen erhalten, um Sie im Prozess der beruflichen Eingliederung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Jobcenter Berlin MitteSickingenstr. 70
10553 BerlinKundennummer: 955A123521
BG-Nummer: 96204BG0065589Name:
Telefon:
Erstellt am: 29.04.2013Herrn
Ralph BoesSpanheimstr. 11
13357 Berlin**Eingliederungsvereinbarung**

zwischen	Herrn Ralph Boes
und	Jobcenter Berlin Mitte
gültig bis	28.10.2013 soweit zwischenzeitlich nichts anderes vereinbart wird

Ziel(e) Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
--

1. Ihr Träger für Grundsicherung Jobcenter Berlin Mitte unterstützt Sie mit folgenden Leistungen zur Eingliederung

Das JobCenter Berlin Mitte bietet durch einen persönlichen Ansprechpartner Unterstützung und Beratung bei der Integration in Arbeit an.

Das Jobcenter unterbreitet Ihnen Vermittlungsvorschläge, soweit geeignete Stellenangebote vorliegen.

Das Jobcenter unterstützt Ihre Bewerbungsaktivitäten durch Übernahme von angemessenen nachgewiesenen Kosten für schriftliche, per Post versandte Bewerbungen nach Maßgabe des § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III, sofern Sie diese zuvor beantragt haben.

Die Erstattung der Bewerbungskosten erfolgt in pauschalierter Form mit 5,00 Euro pro nachgewiesener Bewerbung bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 260,00 Euro.

Bewerbungen, die vor erstmaliger Beantragung erstellt und versandt worden, sind nicht erstattungsfähig.

Das Jobcenter unterstützt Ihre Bewerbungsaktivitäten nach Maßgabe des § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III durch Übernahme von angemessenen und nachgewiesenen Fahrkosten zu Vorstellungsgesprächen, sofern die Kostenübernahme vor Fahrtantritt durch Sie beantragt wurde.

Das Jobcenter fördert die berufliche Weiterbildung im Sinne von §16 SGB II in Verbindung mit §81 SGB III nach Antragstellung und vorheriger Beratung durch die Arbeitsvermittlung.

Kommt das zuständige Jobcenter seinen in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Pflichten nicht nach, ist ihm innerhalb einer Frist von 4 Wochen das Recht der Nacherfüllung einzuräumen. Ist eine Nachbesserung tatsächlich nicht möglich, muss das Jobcenter eine Ersatzmaßnahme anbieten.

→ Fall!
DAS fordern
wir jetzt
auch!

2. Bemühungen von Herrn Ralph Boes zur Eingliederung in Arbeit

Sie verpflichten sich, jegliche Möglichkeiten zu nutzen, um die Hilfebedürftigkeit zu beenden.

Sie unternehmen während der Gültigkeitsdauer der Eingliederungsvereinbarung im Turnus von einem Monat - beginnend mit dem Datum der Unterzeichnung - jeweils mindestens 10 Bewerbungsbemühungen um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und legen hierüber im Anschluss an den oben genannten jeweiligen Zeitraum folgende Nachweise vor: eigene Auflistung mit folgenden Angaben:

- * Name des Arbeitgebers
- * Berufsbezeichnung
- * Datum und Quelle des Stellenangebotes/ alternativ Initiativbewerbung
- * Datum der Bewerbung
- * Form der Bewerbung (telefonisch, schriftlich oder persönlich)

Bei der Stellensuche sind auch befristete Stellenangebote und Stellenangebote von Zeitarbeitsfirmen einzubeziehen.

Die Auflistung Ihrer Bewerbungsbemühungen ist monatlich bis spätestens zum 10. Tag des Folgemonats in der Arbeitsvermittlung des Jobcenter einzureichen, erstmals bis 10.06.2013 die Bewerbungen für den Monat Mai.

Für Sie besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass Ihr potenzieller Arbeitgeber für Sie einen Eingliederungszuschuss (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff., 131 SGB III) beantragen kann. Dafür ist seitens des Arbeitgebers eine Antragstellung vor der Arbeitsaufnahme erforderlich. Ein Rechtsanspruch auf diese Leistung besteht jedoch nicht.

Sie bewerben sich zeitnah, d.h. spätestens am dritten Tage nach Erhalt des Stellenangebotes, auf Vermittlungsvorschläge, die Sie vom Jobcenter bzw. von der Agentur für Arbeit erhalten haben. Als Nachweis über Ihre unternommenen Bemühungen füllen Sie die dem Vermittlungsvorschlag beigefügte Antwortmöglichkeit aus und legen diese vor.

Es besteht außerdem weiterhin die Möglichkeiten, die in der Eingliederungsvereinbarung vom 18.01.2013 geforderten Unterlagen zur Bewertung Ihrer Tätigkeit als Dozent und Referent einzureichen, um die damals avisierte Eingliederungsstrategie fortzusetzen. Eine Verpflichtung dazu besteht jedoch aufgrund Wechsel der Integrationsstrategie nicht mehr.

Abwesenheiten, die in direktem Zusammenhang mit der Ausübung der erwerbswirtschaftlichen selbständigen Tätigkeit stehen, sind vorab schriftlich anzuzueigen.

Halten Sie sich innerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches auf, muss sichergestellt sein, dass Sie persönlich an jedem Werktag an Ihrem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt unter der von Ihnen benannten Anschrift (Wohnung) durch Briefpost erreichbar sind.

Zum zeit- und ortsnahen Bereich gehören für Sie alle Orte in der Umgebung Ihres Grundsicherungsträgers, von denen Sie in der Lage sind, Vorsprachen täglich wahrzunehmen.

Sie sind verpflichtet, Änderungen (z.B. Krankheit, Arbeitsaufnahme, Umzug) unverzüglich mitzuteilen und bei einer Ortsabwesenheit (Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches) vorab die Zustimmung des persönlichen Ansprechpartners einzuholen.

Bei einer nicht genehmigten Ortsabwesenheit entfällt der Anspruch auf Arbeitslosengeld II, auch bei nachträglichem Bekanntwerden. Eine nachträgliche Genehmigung ist im begründeten Einzelfall möglich. Wird ein genehmigter auswärtiger Aufenthalt unerlaubt verlängert, besteht ab dem ersten Tag der unerlaubten Ortsabwesenheit kein Anspruch auf Leistungen. Weitere Informationen finden Sie in Kapitel "Urlaub" des Merkblatts "Arbeitslosengeld II / Sozialgeld".

Sofern Sie
eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben oder

mit einer Arbeitsgelegenheit (§ 16d SGB II) gefördert werden oder eine Beschäftigung, die mit einem Beschäftigungszuschuss (§16e SGB II) an Ihren Arbeitgeber gefördert ist, ausüben oder mit einer Maßnahme zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert werden

ist eine vorherige Zustimmung Ihres persönlichen Ansprechpartners bei Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches (Ortsabwesenheit) nicht erforderlich. Bitte setzen Sie jedoch Ihren persönlichen Ansprechpartner über Ihre Ortsabwesenheit in Kenntnis.

Diese Eingliederungsvereinbarung behält grundsätzlich solange ihre Gültigkeit, solange Sie hilfebedürftig sind. Entfällt Ihre Hilfebedürftigkeit sind weder Sie noch der Träger der Grundsicherung an die aufgeführten Rechte und Pflichten weiter gebunden. Wird im Einzelfall von diesem Grundsatz abgewichen, so wird dies oben unter Leistungen des Grundsicherungsträgers gesondert vereinbart.

Sollte aufgrund von wesentlichen Änderungen in Ihren persönlichen Verhältnissen eine Anpassung der vereinbarten Maßnahmen und Pflichten erforderlich sein, sind sich die Vertragsparteien darüber einig, dass eine Abänderung dieser Eingliederungsvereinbarung erfolgen wird. Das gleiche gilt, wenn sich herausstellt, dass das Ziel Ihrer Integration in den Arbeitsmarkt nur aufgrund von Anpassungen und Änderungen der Vereinbarung erreicht, bzw. beschleunigt werden kann.

Rechtsfolgenbelehrung:

Die §§ 31 bis 31b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sehen bei Verstößen gegen die in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Pflichten Leistungsminderungen vor. Das Arbeitslosengeld II kann danach - auch mehrfach nacheinander - gemindert werden oder vollständig entfallen.

Bei einem erstmaligen Verstoß gegen die vereinbarten Eingliederungsbemühungen wird das Arbeitslosengeld II um einen Betrag in Höhe von 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 20 SGB II gemindert. Bei einem wiederholten Pflichtverstoß wird das Arbeitslosengeld II um einen Betrag in Höhe von 60 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs gemindert, bei weiteren wiederholten Pflichtverstößen entfällt das Arbeitslosengeld II vollständig.

Ihr Arbeitslosengeld II wurde zuletzt wegen eines ersten wiederholten Pflichtverstoßes um einen Betrag in Höhe von 60 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs gemindert (vgl. Bescheid vom 22.03.2013). Jeder weitere wiederholte Pflichtverstoß (Verstoß gegen die mit Ihnen Nr. 2. vereinbarten Eingliederungsbemühungen) wird daher den vollständigen Wegfall des Ihnen zustehenden Arbeitslosengeldes II zur Folge haben. In diesem Fall werden auch keine Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgeführt.

Der Wegfall dauert drei Monate (Sanktionszeitraum) und beginnt mit dem Kalendermonat nach Zugang des Sanktionsbescheides. Während dieser Zeit besteht kein Anspruch auf ergänzende Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe).

Ein wiederholter Pflichtverstoß liegt nicht vor, wenn der Beginn des vorangegangenen Sanktionszeitraums länger als ein Jahr zurückliegt (Ablauf der Jahresfrist am 31.03.2014)

Leistungsminderungen treten nicht ein, wenn Sie einen wichtigen Grund für den Pflichtverstoß nachweisen können. Ein nach Ihrer Auffassung wichtiger Grund, der jedoch nach objektiven Maßstäben nicht als solcher anerkannt werden kann, verhindert nicht den Eintritt der Leistungsminderung.

Wichtige Hinweise:

Fortsetzung der Rechtsfolgebelehrung

Sanktionszeiträume aufgrund der Verletzung von Meldepflichten und Verstößen gegen vereinbarte Eingliederungsbemühungen können sich überschneiden. In den Überschneidungsmonaten werden die Minderungsbeträge addiert.

Bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs können auf Antrag ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erbracht werden. Diese sind grundsätzlich zu erbringen, wenn minderjährige Kinder in der Bedarfsgemeinschaft leben. Beachten Sie aber, dass Sie vorrangig Ihr Einkommen und verwertbares Vermögen zur Sicherung des Lebensunterhaltes einsetzen müssen. Bei einer Gewährung von Sachleistungen oder geldwerten Leistungen bleibt der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz bestehen.

Erklären Sie sich nachträglich bereit, Ihren Pflichten nachzukommen, kann die im Briefkopf genannte Stelle unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, die Minderung auf 60 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs begrenzen.

Den vereinbarten Eingliederungsbemühungen müssen Sie auch während eines Sanktionszeitraumes nachkommen, auch wenn Ihr Arbeitslosengeld II wegen eines Pflichtverstoßes vollständig weggefallen ist.

Auch die Verpflichtung, sich bei der im Briefkopf genannten Stelle persönlich zu melden oder auf Aufforderung zu einer ärztlichen oder psychologischen Untersuchung zu erscheinen, bleibt während des Sanktionszeitraumes bestehen.

Die maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften können Sie bei der im Briefkopf genannten Stelle einsehen.

Die Eingliederungsvereinbarung wurde mit mir besprochen. Unklare Punkte und die möglichen Rechtsfolgen wurden erläutert. Ich bin mit den Inhalten der Eingliederungsvereinbarung einverstanden und habe ein Exemplar erhalten. Ich verpflichte mich, die vereinbarten Aktivitäten einzuhalten und beim nächsten Termin über die Ergebnisse zu berichten.

Datum, Unterschrift Ralph Boes
ggf. gesetzliche/r Vertreter/in , nicht-
erwerbsfähige/r Hilfebedürftige/r

Datum, Unterschrift
Vertreter/in Jobcent

SGBII Jobcenter Berlin Mitte
Seydelstraße 4 - 5

10117 Berlin